

Für die Zukunft Schulden machen? Ja, aber richtig!

Die aktuelle Steuerschätzung hat ergeben, dass die kommunalen Steuereinnahmen wachsen, aber nicht im zuvor erhofften Maß und Tempo. Viele Städte und Gemeinden setzen den Rotstift an. Außerdem rechnet die Bundesregierung mit einem Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um 0,2 Prozent. Und ver.di fordert: „Bund und Länder müssen die Finanzierung der Kommunen verlässlich gestalten.“

Da mag man sich die Frage stellen: Woher sollen Bund und Länder die finanziellen Mittel nehmen, um die Kommunen zu unterstützen? Es gibt in diesem Zusammenhang zwei Möglichkeiten, die beide genutzt werden sollten:

1. Eine höhere Besteuerung hoher Einkommen, Gewinne und Vermögen, wie sie die Gewerkschaften im [DGB-Steuerkonzept](#) vorschlagen. Dieses würde Mehreinnahmen von ca. 60 Mrd. Euro jährlich erbringen.
2. Die Aufnahme neuer Schulden. Die Schuldenbremse ist dafür dauerhaft abzuschaffen oder so zu verändern, dass sie einer vernünftigen Kreditaufnahme nicht mehr im Wege steht. Die gewerkschafts- und arbeitgebernahen Wirtschaftsinstitute sind sich hier einig: Durch Kürzungen an anderer Stelle ist das benötigte Geld nicht aufzubringen. Die dringend notwendigen Investitionen müssen durch Kredite finanziert werden, also durch einen Investitionsfonds oder eine Reform der Schuldenbremse.

Anders als häufig behauptet, ist für Staaten die Aufnahme von Schulden für Zukunftsinvestitionen sinnvoll. Staaten funktionieren nicht wie private Haushalte, sondern wie Unternehmen. Investitionen in die Infrastruktur, in Bildung, Gesundheit und sozialen Zusammenhalt zahlen sich langfristig aus – so wie sich auch bei privaten Unternehmen Investitionen in der Zukunft auszahlen.

Kredite ermöglichen Investitionen. Investitionen sichern Zukunft.

Sehr viel teurer wird es, wenn Bund und Länder die Kommunen unterfinanziert lassen und zum Sparen zwingen. Denn dann müssen Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Ausgaben radikal reduzieren, allen voran ihre Investitionen (z. B. für die Sanierung von Schulen). Dies würde die wirtschaftliche Entwicklung unmittelbar massiv ausbremsen – umso mehr, wenn zugleich auch Bund und Länder ihre Ausgaben zurückfahren.

Firmen würden Aufträge verlieren, ihre Produktion drosseln und Beschäftigte entlassen. In der Folge hätten die privaten Haushalte weniger Geld, das sie ausgeben könnten. Die Wirtschaft bräche ein, Steuereinnahmen gingen zurück, Arbeitslosigkeit und Schulden stiegen an.

Es ist dringend geboten, dass der Staat die Wirtschaftslage nicht mit Ausgabenkürzungen zusätzlich verschlechtert. Die Wirtschaft braucht kreditfinanzierte Investitionen, um Nachfrage und Wachstum zu schaffen. Bedarfe gibt es genug, z.B. in den Kommunen.

Städte, Landkreise und Gemeinden stärken– Damit sie in unsere Zukunft investieren können!

ver.di fordert:

- Kommunen brauchen mehr Geld!
Das Steueraufkommen muss erhöht und eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen gesichert werden.
- Die Gewerbesteuer muss durch die Einbeziehung aller Selbständigen und durch die Hinzurechnung von Mieten, Pachten und Leasingraten zu einer Gemeindegewerbesteuer ausgebaut werden.
- Die Handlungsfähigkeit überschuldeter Kommunen muss wiederhergestellt werden: Bund und Länder müssen für sie eine funktionierende und effektive Altschuldenregelung finden.
- Sozialausgaben, die in Bundesgesetzen geregelt sind, müssen vom Bund bezahlt werden, statt sie an die Kommunen abzugeben.
- Klimaschutz und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels müssen zu einer Gemeinschaftsaufgabe werden. Dann können Bund und Länder die Kommunen direkt bei der Bewältigung anstehender Maßnahmen unterstützen.
- Kommunale Investitionsprogramme müssen so ausgestaltet werden, dass sie für Kommunen einfach zugänglich sind.

Die politisch Verantwortlichen müssen alles dafür tun, unseren Sozial- und Rechtsstaat, die Grundfesten unserer Demokratie, zu schützen. Dafür brauchen wir einen starken öffentlichen Dienst mit gut qualifiziertem Personal.

Die Finanzierungsgrundlagen dafür zu schaffen, ist Aufgabe der Politik.



Noch nicht dabei? mitgliedwerden.verdi.de